

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses**  
**am 02.05.2012**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Henrichsmeier  
Herr Meichsner  
Herr Nettelstroth, Stellv. Vorsitzender  
Herr Nolte  
Herr Röwekamp

SPD

Herr Diembeck  
Herr Fortmeier, Vorsitzender  
Herr Grube  
Frau Klemme-Linnenbrügger  
Herr Lufen

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler  
Frau Weiß

BfB

Frau Pape

FDP

Herr Bolte

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

Beratende Mitglieder

Bürgernähe

Herr Schmelz

Beirat für Behindertenfragen

Herr Baum, bis 18.00 Uhr, TOP 13

Seniorenrat

Herr Dr. von Becker, bis 18.05 Uhr, TOP 13

Von der Verwaltung

Herr Moss	Beigeordneter Dezernat 4
Frau Thiede	Dezernat 4
Herr Becker	Dezernat 4
Herr Thiel	Amt für Verkehr
Frau Grau	Amt für Verkehr
Herr Ellermann	Bauamt
Herr Großastroth	Bauamt
Herr Metzger	Bauamt

Schriftführung

Frau Ostermann	Bauamt
----------------	--------

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Fortmeier begrüßt die Anwesenden zur 30. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde.

Herr Fortmeier teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 13.1 (Änderung des Mitbenutzungsvertrages zw. Stadt Bielefeld und der Flughafen Bielefeld GmbH, Ds.-Nr.: 4065/2009-2014) aus der öffentlichen Sitzung abgesetzt werde. Dieser TOP wurde am 26.04.12 von der Bezirksvertretung Senne vertagt.

**-Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist einverstanden-**

**Öffentliche Sitzung:****Zu Punkt 1      Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die  
29. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am  
20.03.2012****Beschluss:**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 02.05.2012 (Nr. 30) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2      Mitteilungen****Zu Punkt 2.1      Abrechnungen nach KAG****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 4058/2009-2014

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

---

**Zu Punkt 2.2      Weiterentwicklung Wilhelmstraße**

Herr Ellermann stellt das Konzept „werkSTADT“ Bielefeld vor. Das Konzept ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

---

**Zu Punkt 2.3      EU-Projekt "Making Cities/Future Proof Cities"**

Herr Moss teilt mit, dass er in einer der letzten Sitzungen darüber informiert habe, dass Bielefeld sich für ein neues EU-Projekt zur Stadtentwicklung/Stadtplanung („Future Proof Cities“) bewerben wolle. Dieses Projekt sei von der Region Eindhoven vorgeschlagen worden. Man habe jetzt die Information erhalten, dass der Projektvorschlag vom zuständigen Ausschuss des EU-Förderprogramms URBACT abgelehnt worden sei. Diese Projektidee werde damit nicht weiter verfolgt. Es liegen keine Informationen vor, warum der Projektvorschlag abgelehnt wurde.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

---

**Zu Punkt 2.4 Wohnungsmarktbarometer 2012**

Das „Wohnungsmarktbarometer“ wurde zu Beginn der Sitzung an die Anwesenden verteilt.

Herr Metzger teilt mit, dass das 12. Wohnungsmarktbarometer in der letzten Woche veröffentlicht worden sei. Man habe 80 Akteure befragt, um eine Einschätzung des Stimmungsbildes am Bielefelder Wohnungsmarkt zu erhalten. Als wesentliche Erkenntnisse haben sich herausgestellt, dass: Neubaueigentumswohnungen wieder mehr gefragt sind und das sich das Investitionsklima für den Mietwohnungsbau verbessert habe. Außerdem sei der Trend zur Rückkehr in die Stadt feststellbar.

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 2.5 Taxi-Fahrtkosten**

Herr Thiel teilt mit, dass es Presseartikel gegeben habe, weil das Online-Portal „ab-in-den-urlaub.de“ ermittelt habe, dass Taxifahrten in Bielefeld sehr teuer seien. Der Taxenverbund habe dieser Berechnung auch widersprochen. Das Online-Portal war für eine Fahrtstrecke von 5 km mit 5 Minuten Stau von einem durchschnittlichen Fahrpreis von 16,12 Euro ausgegangen. Bei dieser Berechnung sei zumindest nicht berücksichtigt worden, dass in Bielefeld in den ersten 2 Kilometer bereits 5 bzw. 3 Minuten verkehrsbedingte Wartezeit (tagsüber/nachts) bzw. an Sonn- und Feiertagen) enthalten sind. Eine Aufstellung der Fahrpreise ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Es sei festzuhalten, dass an Werktagen zwischen 10,60 Euro und 12,80 Euro zu zahlen sind. Der vom Online-Portal genannte Wert von 16,12 Euro ist nicht zu erreichen.

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 2.6 Fortschreibung Bundesverkehrswegeplan**

Herr Thiel teilt mit, dass kurzfristig der Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben werden soll. Noch vor den Sommerferien werde die Stadt Bielefeld eine Stellungnahme abgeben müssen. Im Herbst dieses Jahres soll bereits der Beschluss des Regionalrates erfolgen. Dieser fortgeschriebene Bundesverkehrswegeplan gelte dann für 10 Jahre.

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 3      Anfragen**

**Zu Punkt 3.1    Förderung der Nahmobilität**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4099/2009-2014

Anfrage der Bürgernähe-Gruppe vom 19.04.2012:

*In wieweit beabsichtigt die Verwaltung, die neuen Vorgaben des „Aktionsplanes der Landesregierung zur Förderung der Nahmobilität“ bei den aktuellen Straßenplanungen in Bielefeld zu berücksichtigen?*

Die schriftliche Stellungnahme des Amtes für Verkehr ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -**

-.-.-

**Zu Punkt 4      Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

**Zu Punkt 4.1    115. Änderung des Flächennutzungsplanes "Wohnen Brake-West"  
Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 27 "Brake West" für das Gebiet Engersche Straße - Martin-Luther-Straße - Grömitzer Straße - Grafenheider Straße einschließlich der geplanten Neuführung bis zur Engerschen Straße (Gemarkung Brake, Flur 4 und 5)  
- Stadtbezirk Heepen -  
Beschluss zur Neuausrichtung der Planverfahren**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1246/2009-2014

Herr Nettelstroth weist darauf hin, dass der Planungsstand der Grafenheider Straße mit dem Bau der B66 n einher gehen müsse. Die Vorlage aus dem Jahre 2010 weise drei Punkte aus. Den Punkten 1 und 2 des Beschlussvorschlages werde seine Fraktion zustimmen. Für Punkt 3 **beantrage** er eine separate Abstimmung. Für den Punkt 3 stelle er folgenden **Alternativantrag**:

**3. Das begonnene Bebauungsplanverfahren soll fortgesetzt werden.**

Herr Julkowski-Keppler stimmt zu, dass über die Alternativen getrennt abgestimmt werde. Dadurch werden die unterschiedlichen Auffassungen deutlich. Die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und die FDP-Fraktion haben gemeinsam verschiedene Alternativen diskutiert und die folgende Protokollerklärung, die der Niederschrift auch beigefügt werden soll, gemeinsam verfasst:

Die oben genannten Fraktionen erklären mit der Zustimmung zu dieser Vorlage, dass hiermit das Baurecht für den 3. Bauabschnitt der Grafenheider Straße über einen Bebauungsplan gesichert wird.

Der Bebauungsplan für das ehemals geplante Wohngebiet Brake-West wird nicht weiter verfolgt. Der 3. Bauabschnitt der Grafenheider Straße dient auch nicht der Erschließung eines evtl. zukünftigen Bebauungsgebietes Brake-West.

Mit dem 3. Bauabschnitt der Grafenheider Straße wird die Übernahme der Landesstraßenfunktion von der Braker Straße auf die Grafenheider Straße abgesichert.

Herr Fortmeier stellt zunächst Punkt 1 und 2 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung, dann zu Punkt 3 den Änderungsantrag der CDU und abschließend den Punkt 3 der Beschlussvorlage.

**Beschluss:**

1. Das begonnene Flächennutzungsplanverfahren (115. FNP-Änderung) soll auf Grundlage der bisherigen Planungsziele – Neuführung der Grafenheider Straße und Ausweisung von Wohnbauflächen – weitergeführt werden.
2. Die verbindliche Bauleitplanung soll zunächst nur für die Schaffung von Planungsrecht für die Grafenheider Straße durchgeführt werden.

- einstimmig beschlossen -

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion

**Beschluss:**

3. Das begonnene Bebauungsplanverfahren soll fortgesetzt werden.

dafür: 6 Stimmen  
 dagegen: 9 Stimmen  
 - mit Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über Nr. 3 des Beschlussvorschlages

**Beschluss:**

3. Hierzu soll zeitnah das mit Beschluss vom 09.05.2006 begonnene Bebauungsplanverfahren eingestellt und ein neuer Aufstellungsbeschluss mit einer Neuabgrenzung des Plangebietes vorbereitet werden.

dafür: 9 Stimmen

dagegen: 6 Stimmen  
 - mit Mehrheit beschlossen -

---

**Zu Punkt 5 Anträge**

- keine -

---

**Zu Punkt 6 Haushalt 2012**

Herr Meichsner und Herr Nettelstroth teilen mit, dass die CDU-Fraktion in der Vergangenheit bereits einige Maßnahmen abgelehnt habe. Mit der Maßgabe, dass die Endberatung im Finanz- und Personalausschuss durchgeführt werde, werde man sich bei den heutigen Abstimmungen enthalten.

---

**Zu Punkt 6.1 Haushaltsplan und Stellenplan 2012 des Stabes des Dezernates 4**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3909/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten für die Jahre 2012 bis 2015 wie folgt zu beschließen:**

1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.21 - Verwaltungsleitung - Dezernat Planen/Bauen - mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,00 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 376.811,00 € wird zugestimmt.
2. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.21 mit investiven Auszahlungen in Höhe von 600,00 € wird zugestimmt.
3. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.21 wird zugestimmt.
4. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahme Nr. 185 des Stabes des Dezernates 4 wird zugestimmt.
5. Dem Stellenplan 2012 für den Stab des Dezernates 4 wird

**zugestimmt.**

- einstimmig bei 5 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 6.2 Haushaltsplan und Stellenplan 2012 des Bauamtes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3924/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

### **Beschluss:**

**Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppelhaushaltsplan 2012 mit den Plandaten für die Jahre 2012 bis 2015 wie folgt zu beschließen:**

#### **1. Den Teilergebnisplänen der**

<b>Produktgruppe in Höhe von</b>	<b>mit ordentlichen Erträgen u. ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>in Höhe von</b>
• 11.01.65	0 €	90.727 €
• 11.09.01	9.777.336 €	11.493.426 €
• 11.09.02	104.440 €	1.964.209 €
• 11.10.01	2.151.567 €	3.504.425 €
• 11.10.02	47.885 €	402.016 €
• 11.10.03	8.815 €	355.201 €
• 11.10.04	335.879 €	550.511 €
• 11.10.06	44.923 €	255.043 €
• 11.10.07	0 €	136.185 €
• 11.10.10	76.000 €	267.323 €

**wird unter Berücksichtigung der Veränderungen gemäß Anlage 1 zugestimmt.**

#### **2. Den Teilfinanzplänen A der**



- **Produktgruppe 11.09.01 im Jahr 2012 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 2.814.000 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 2.814.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 80.000 €,**
  
- **Produktgruppe 11.10.01 im Jahr 2012 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 11.400 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 €**

**Wird unter Berücksichtigung der Veränderungen gemäß Anlage 2 zugestimmt.**

**3. Den Maßnahmen der Teilfinanzplänen B in 2012 der**

- **Produktgruppe 11.09.01**
- **Produktgruppe 11.10.01**

**wird zugestimmt.**

**4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.09.01 und 11.10.06 für den Haushaltsplan 2012 wird zugestimmt.**

**5. Den Zielen und Kennzahlen**

- **der Produktgruppe 11.01.65 – StEA u. Beirat f. Stadtgestaltung**
- **der Produktgruppe 11.09.01 – Generelle räumliche Planung**
- **der Produktgruppe 11.09.02 – Teilräumliche Planung**
- **der Produktgruppe 11.10.01 – Maßnahmen der Bauaufsicht**
- **der Produktgruppe 11.10.02 – Beratung/Information vor Antragstellung**
- **der Produktgruppe 11.10.03 – Maßn. Denkmalschutz/Stadtgestaltung**
- **der Produktgruppe 11.10.04 – Wohnungsbauförderung**

- der Produktgruppe 11.10.06 – Wohnraumüberwachung
- der Produktgruppe 11.10.07 – Wohnungsmarktbeobachtung
- der Produktgruppe 11.10.10 – Maßnahmen der Baustatik

wird zugestimmt.

6. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen Nr. 188 - 199 des Amtes 600 wird zugestimmt.
7. Dem Stellenplan 2012 für das Amt 600 Bauamt wird unter Berücksichtigung beigefügter Veränderungsliste (s. Anlage 2) zugestimmt.
8. Die Korrektur der Produktgruppenbeschreibung zu Produktgruppe 11.10.01 – Seite 882 (siehe Anlage 4) wird zur Kenntnis genommen.

- einstimmig bei 5 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 6.3 Haushaltsplan und Stellenplan 2012 des Amtes für Geoinformation und Kataster**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3882/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

#### **Beschluss:**

**Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten für die Jahre 2012 bis 2015 wie folgt zu beschließen:**

#### **1. Den Teilergebnisplänen der**

**Produktgruppe 11.09.03 im Jahre 2012 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 877.553 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 4.450.632 €;**

**Produktgruppe 11.09.04 im Jahre 2012 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 112.066 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 732.042 € und Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen in Höhe von 6.000 €;**

**Produktgruppe 11.09.06 im Jahre 2012 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 116.354 € und ordentlichen**

**Aufwendungen in Höhe von 403.018 €**

**wird zugestimmt.**

**2. Den Teilfinanzplänen A der**

**Produktgruppe 11.09.03 im Jahr 2012 mit investiven  
Einzahlungen in Höhe von 500 € und investiven  
Auszahlungen in Höhe von 49.100 €;**

**Produktgruppe 11.09.04 im Jahr 2012 mit investiven  
Auszahlungen in Höhe von 2.850 €;**

**Produktgruppe 11.09.06 im Jahr 2012 mit investiven  
Auszahlungen in Höhe von 400 €**

**wird zugestimmt.**

**3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen  
11.09.03 und 11.09.06 für den Haushaltsplan 2012 wird  
zugestimmt.**

**4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen**

**11.09.03 – Vermess., Erheb. u. Führung Geobasisdaten -,  
11.09.04 – Geoinformationsdienste, – datenmanagement –  
und  
11.09.06 – Grundstückswertermittlung -**

**wird zugestimmt.**

**5. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen Nr. 204 und 205  
des Amtes für Geoinformation und Kataster wird zugestimmt.  
Die HSK-Maßnahmeblätter sind in der Anlage 1 beigefügt.**

**6. Dem Stellenplan 2012 für das Amt für Geoinformation und  
Kataster wird zugestimmt (Anlage 2 Veränderungsliste  
Stellenplan).**

- einstimmig bei 5 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6.4 Haushaltsplan und Stellenplan 2012 des Amtes für Verkehr**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4067/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten für die Jahre 2012 bis 2015 wie folgt zu beschließen:**

**1. Den Teilergebnisplänen**

der Produktgruppen	mit ordentlichen Erträgen in Höhe von	mit ordentlichen Aufwendungen in Höhe von	mit Finanzerträgen in Höhe von
11.01.25	2.904 €	103.254 €	0 €
11.02.07	544.000 €	961.618 €	0 €
11.12.01	19.421.763 €	51.129.103 €	35.000€
11.12.02	1.307.959 €	11.554.252 €	0 €
11.12.03	35.000 €	722.283 €	0 €
11.12.04	7.763.089 €	7.350.950 €	0 €

wird unter Berücksichtigung der Veränderungsliste (Anlage 1) mit Abweichungen zum Haushaltsplanentwurf zu Produktgruppe 11.12.04 zugestimmt.

Die Fortsetzung des EU-Projektes BAPTS (BAPTS II) wurde von der EU für Deutschland nicht bewilligt. In der Produktgruppe 11.12.04 dürfen daher die entsprechenden Haushaltsansätze (in Einnahme und Ausgabe jeweils 800.000 €) nicht gebildet werden.

**2. Den Teilfinanzplänen A**

der Produktgruppen	mit investiven Einzahlungen in Höhe von	mit investiven Auszahlungen in Höhe von	mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von
11.02.07	0 €	300 €	0 €
11.12.01	5.882.000 €	5.882.000 €	3.249.000 €
11.12.02	39.000 €	1.036.600 €	0 €

wird zugestimmt.

**3. Den Maßnahmen der Teilfinanzpläne B der Produktgruppen 11.02.07, 11.12.01 und 11.12.02 wird zugestimmt.**

**4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.02.07, 11.12.01, 11.12.02 und 11.12.04 wird unter Berücksichtigung der Änderung bei Produktgruppe 11.12.02 (Anlage 2) zugestimmt.**

**5. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen**

**11.01.25 - Submission (bis 15.02.2012)**

**11.02.07 - Verkehrsangelegenheiten**

**11.12.01 - Öffentliche Verkehrsflächen**

**11.12.02 - Verkehrsanlagen**

**11.12.03 - Verkehrliche Planung**

**11.12.04 - ÖPNV**

**wird unter Berücksichtigung der Änderung zu Produktgruppe 11.01.25 zugestimmt.**

**6. Der Fortführung der HSK-Maßnahmen**

**Nr. 186 - Sonstige Erträge - Einnahmesteigerung aus Verpachtung von Plakatanschlägen**

**Nr. 208 - Erhöhung der Parkgebühren**

**Nr. 210 - Einsparungen Energieverbrauch Straßenbeleuchtung**

**Nr. 211 - Reduzierung der Personalkosten**

**Nr. 212 - Einsparungen durch Entzerrung der Schulbeginnzeiten**

**wird unter Berücksichtigung der Änderung zu den Konsolidierungsbeiträgen der Maßnahmen 186, 208 und 210 (HSK-Maßnahmenblätter, siehe Haushaltsplanentwurf Seiten 376 ff) zugestimmt.**

**7. Dem Stellenplan 2012 für das Amt für Verkehr wird zugestimmt (Anlage 3).**

**- einstimmig bei 5 Enthaltungen beschlossen -**

**---**

Zu Punkt **Amt für Verkehr**

Zu Punkt 7 **Stadtbahn Bielefeld - Potentialanalyse des Zielnetzes  
Stadtbahn Bielefeld 2030**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3592/2009-2014

Drucksachennummer: 3592/2009-2014/1

Drucksache: 4103/2009-2014 (Antrag Seniorenrat)

Drucksache: 4127/2009-2014 (Antrag BfB-Fraktion)

Drucksache: 4128/2009-2014 (Antrag SPD-Fraktion, Fraktuion Bündnis

90/Die Grünen, FDP-Fraktion)

Zu diesem TOP wurden folgende Anträge eingereicht:

Ergänzungsantrag des Seniorenrates vom 23.05.2012 (Drucks.-Nr. 4103/2009-2014):

Beschlussvorschlag:

*Der Seniorenrat beantragt, bei der Erstellung der Prioritätenliste den sogenannten Quellverkehr zu den vorgesehenen Endhaltestellen aus den Einzugsbereichen Bielefelds zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sind u. a. die Maßnahmen 3 und 8 im Rahmen eines erweiterten Gutachtens zu untersuchen. Dabei sind die Potentiale aus den Nachbargemeinden nördlich von Jöllenbeck zu integrieren. Ersatzmaßnahmen wie P+R Parkplätze sind vorzusehen. Auch der Bestand barrierefreier Wohnungen für Seniorenhaushalte ist zu berücksichtigen.*

Änderungsantrag der BfB-Fraktion vom 02.05.2012 (Drucks.-Nr. 4127/2009-2014)

Beschlussvorschlag:

1.) *Der Streckenabschnitt von Babenhausen Süd nach Jöllenbeck (Maßnahmen 3 und 8) ist nach Maßgabe der bereits für den*

*Streckenabschnitt Babenhausen Süd bis nach Theesen verausgabten Mittel und des bereits abgeschlossenen Planfeststellungsverfahrens für diesen Streckenabschnitt entsprechend in die Prioritätenliste aufzunehmen.*

- 2.) *Das seit 2009 ruhende Planfeststellungsverfahren ist zeitnah abzuschließen, damit für die Weiterführung der Stadtbahn nach Jöllenbeck/Theesen die Förderfähigkeit erreicht werden kann. Das Verfahren ist unter Einbeziehung der Gesamtbezirke Theesen und Jöllenbeck, einschließlich aller Neubaugebiete, fortzusetzen.*

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 02.05.2012 (Drucks.-Nr. 4128/2009-2014):

7. *moBiel wird beauftragt, unter besonderer Berücksichtigung der Gegebenheiten im Außenbezirk Jöllenbeck (Pendlerverkehre, flächige Bebauung), eine eigene Berechnung der möglichen erreichbaren Fahrgastzahlen vorzunehmen.*

Herr Thiel teilt mit, dass die Nachtragsvorlage aufgrund der Beschlüsse der Bezirksvertretungen und Beiräte erstellt wurde. Insgesamt habe die Vorlage eine breite Zustimmung in den Bezirksvertretungen gefunden. Die Bezirksvertretung Jöllenbeck habe zusätzlich beschlossen, die Trassenführung von Babenhausen nach Jöllenbeck freizuhalten. Außerdem sei die Verwaltung aufgefordert worden, dass bereits begonnene Planfeststellungsverfahren abzuschließen. Die Stadtbahnverlängerung nach Jöllenbeck habe keine hohe Priorität erhalten. Die Finanzierung einer solchen Strecke müsse über den NWL erfolgen. Über den NWL werden von 2013 bis 2016 die Hochbahnsteige, die Verlängerungen Dürkopp -Tor 6, Milse-Ost und Hochschulcampus finanziert. Im Anschluss daran könnte die Stadtbahnverlängerung nach Hillegossen beim NWL für die Bezuschussung in den dann folgenden Jahren angemeldet werden. Damit würden erhebliche Mittel innerhalb des NWL für Bielefelder Stadtbahnprojekte gebunden. Um dieses bewältigen zu können, müssen die personellen Ressourcen sehr effektiv eingesetzt werden. Wenn jetzt das Planfeststellungsverfahren weiter geführt werde, so müsse innerhalb von 10 Jahren nach Planfeststellungsbeschluss der Baubeginn erfolgen. Der Seniorenrat habe gefordert, die Pendler aus den Nachbargebieten zu berücksichtigen. Auch hierzu wurde in der Nachtragsvorlage ausführlich Stellung genommen. Bei allen anderen Maßnahmen müssten auch die Pendler aus Nachbargemeinden berücksichtigt werden. Die ermittelten Fahrgastpotentiale würden sich nur unwesentlich erhöhen und nicht zu einer Änderung der Prioritätenreihung führen.

Frau Pape ist der Auffassung, dass trotz der großen finanziellen und organisatorischen Belastung ein Weg zu finden wäre, wenn der Wille vorhanden ist. Die Gründe der Prioritätenliste seien nicht unumstritten. Sicher seien die Aspekte für die Prioritätenliste gut, im Grenzbereich müsse man jedoch sehen, wie die Stellschrauben verändert sind. Weiter müsse berücksichtigt werden, dass hier eine einfache Trassenführung

möglich sei und es eine große Zustimmung in der Bevölkerung für dieses Projekt gebe. Es habe ja auch Gründe gegeben, damals das Planfeststellungsverfahren für diese Strecke zu beginnen. Sie schlage vor, dass Planfeststellungsverfahren jetzt abzuschließen und der Bevölkerung in Jöllenbeck die Möglichkeit zu eröffnen, dass die Stadtbahn dorthin geführt werde. Wenn jetzt nichts passiere, passiere auch in den nächsten 10 bis 15 Jahren nichts.

Herr Julkowski-Keppler hält die Trassenfreihaltung für sinnvoll und richtig. Als der Antrag in Jöllenbeck auf Weiterführung des Planfeststellungsverfahrens gestellt wurde, sei nicht bekannt gewesen, dass eine 10 Jahresfrist gelte. Mit dem Wissen um die 10 Jahresfrist würde er dem Antrag so nicht mehr zustimmen. Die Ampelkoalition habe deshalb einen eigenen Ergänzungsantrag mit einer zusätzlichen Nr. 7 gestellt. MoBiel werde beauftragt unter besonderer Berücksichtigung der Jöllenbecker Außenbezirke eine eigene Berechnung der möglichen Fahrgastzahlen vorzunehmen. Für Jöllenbeck spreche auch, dass die Fahrgäste auch zu den Buslinien heute häufig einen längeren Weg als 500 m zurücklegen. Er sei sicher, dass ein Stadtbahnverkehr hier großes Potential biete.

Herr Dr. von Becker bemängelt, dass der Gutachter bei der Ermittlung des Nachfragepotentials nur die Zahl der Einwohner in den künftigen Haltestellen Einzugsbereich von 400 m bzw. 500 m Durchmesser berücksichtigt und nicht die aus dem Umland der Endhaltestellen anfallenden Verkehrsströme. In der Begründung für den Antrag des Seniorenrates werde am Beispiel Jöllenbeck aufgezeigt, dass viele Fahrzeuge aus den neuen Wohngebieten Spenge, Enger und Bünde die Jöllenbecker Straße und die Bielefelder Straße befahren. Eine eigene Zählung habe zwischen 7.00 Uhr und 9.30 Uhr ca. 70 % der PKW mit dem Kennzeichen HF ergeben. Um die Seniorenrelevanz des Antrages herzustellen stelle er fest, dass nach dem letztjährigen Wohnungsmarktbericht sich offensichtlich viele Senioren in Jöllenbeck wohlfühlen. Für diese wäre eine direkte Stadtbahnverbindung zur Innenstadt aus Gründen der Verkehrssicherheit von großer Bedeutung. Der Seniorenrat beantrage deshalb, den Gutachter zu beauftragen (wenn es mit „Bordmitteln“ des Amtes für Verkehr nicht möglich ist), nachzuprüfen, ob und ggf. wie sich die Berücksichtigung des Quellverkehrs aus den Einzugsgebieten der Endhaltestellen auf die Dringlichkeitsreihung der Maßnahmen auswirke. Dabei müsse auch im Auge behalten werden, in welchen Bereichen besonders viele Einrichtungen des Seniorenwohnens vorhanden sind.

Herr Nettelstroth teilt mit, dass seine Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen werde, den eingereichten Anträgen jedoch nicht. Zu dem Antrag der BfB teile er mit, dass nur begrenzte Mittel vorhanden sind und eine entsprechende Priorisierung durchgeführt wurde. Man dürfe keine weiteren Planungskapazitäten binden. Zu dem Ergänzungsantrag der Ampelkoalition stelle er fest, dass für alle Linien größere Außenbereiche herangezogen werden können. Er sei froh, dass im Rahmen des Zielnetzes Stadtbahn 2030 zumindest die erste Maßnahme der Priorisierung abgearbeitet worden sei.

Herr Schmelz erinnert, dass es vor einiger Zeit noch hieß, dass die Linie nach Jöllenbeck die einzige Linie sei, an der gearbeitet werde. Hierfür



war eine Stelle vorgesehen. Er frage die Verwaltung, wie die personellen Ressourcen für Heepen jetzt aussehen.

Herr Grube stellt fest, dass moBiel und die Stadt wissen, wovon sie sprechen. Heute sollen die ersten Schritte für das Zielnetz Stadtbahn Bielefeld 2030 beschlossen werden. Es seien große Entscheidungen, wie z.B. die Linie 5 nach Heepen, gegen die es bereits Widerstand gebe. Weiter müsse man Entscheidungen treffen, welches System eingeführt werde. Für alle Maßnahmen unter 50 Millionen Euro sei der NWL der Zuschussgeber. Er wisse aus Erfahrung, dass man dort sehr kämpfen müsse für die Berücksichtigung der Bielefelder Stadtbahnbelange.

Herr Julkowski-Keppler möchte aufzeigen, dass Jöllenbeck noch Potentiale habe. Weiter solle Jöllenbeck im Gespräch bleiben.

Frau Pape erinnert, dass für die Streckenverlängerung nach Jöllenbeck relativ viel Vorarbeit geleistet wurde. Man könne mit einem wesentlichen geringeren Aufwand zu einem Ergebnis kommen, als bei der Stadtbahnverlängerung nach Heepen. Sie sei der Auffassung, dass die Stadtbahnverlängerung nach Jöllenbeck nicht hintendran gestellt werden dürfe.

Herr Lufen hält den Ergänzungsantrag der Ampelkoalition für sinnvoll. Die Zeit solle man sich nehmen.

Herr Moss erinnert, dass vor einiger Zeit das Konzept moBiel 2030 durch Ratsbeschluss verabschiedet wurde. Von Dritten sollte untersucht werden, welche Potentiale für Stadtbahnverlängerungen vorhanden sind. Durch das BAPTS-Projekt sei ein solches Gutachten erst möglich geworden. Das Büro TTK, welches die Untersuchung durchgeführt habe, sei ein renommiertes, international arbeitendes Büro, das sehr aufgabenkritisch an die Analyse herangegangen sei. Man habe eine sehr gute Lösung gefunden und durch die Potentialanalyse drängen sich 3 Linien für eine Verlängerung auf. Wenn die vom Gutachter empfohlenen Maßnahmen durchgeführt werden, erweitere sich das Streckennetz von jetzt 35 km um 23,8 km. Dieses bedeutet eine Zunahme des Streckennetzes um 68 %. Im Januar sei die Potentialanalyse vorgestellt worden. Seitdem sei sie in 10 Bezirken und 6 Fachgremien beraten worden. Heute werde zum 17. Mal zu diesem Thema getagt. Dieses sei in der Kürze der Zeit eine Erfolgsstory. Er empfehle hier, politisch eng zusammenzurücken. Auf die Frage nach dem zur Verfügung stehenden Personal antwortet er, dass im Amt für Verkehr 2 zusätzliche Ingenieure eingestellt wurden, die aus der Nahverkehrspauschale bezahlt werden. Bei moBiel seien auch 2 zusätzliche Ingenieure eingestellt worden, es seien jetzt also 4 Personen beschäftigt. Es werden weitere Gutachten an externe Büros vergeben werden müssen. Das Planfeststellungsverfahren für Theesen ruhe seit 2008.

Herr Nettelstroth erinnert, dass die Fragen nach dem System noch geklärt werden müssen, z.B. ob Hochflur- oder Niederflurtechnik eingeführt werden soll. Das Gutachten tendiere wohl eher zur Hochflurtechnik. Der Betriebshof in Sieker sei ausgelastet. Wenn eine Stadtbahn nach Heepen komme, so sei es städtebaulich auch

gerechtfertigt, diese in Niederflurtechnik fahren zu lassen. Hochbahnsteige könne sich in Heepen niemand vorstellen.

**Beschluss:**

1. Die Ergebnisse der Potentialanalyse werden zur Kenntnis genommen.
2. Die vom Gutachter empfohlenen Maßnahmen  
 Maßnahme 6: Innenstadt – Heepen (Linie 5)  
 Maßnahme 4: Stieghorst – Hillegossen (Verlängerung der Linie 3)  
 Maßnahme 7: Senne – Sennestadt (Verlängerung der Linie 1) sollen zusätzlich zu den bereits beschlossenen Maßnahmen (Verlängerung der Linie 4 Hochschulcampus und Verlängerung der Linie 2 Milse-Ost) in die Prioritätenliste mit aufgenommen und die Umsetzung soll vorbereitet werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt für die Verlängerung der Linie 1 nach Senne und Sennestadt die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.
4. Die Maßnahme 13: Verbindungsstrecke Sieker – Sieker Mitte, die wegen der betrieblichen Bedeutung vom Gutachter empfohlen wird, soll in ihrer Umsetzbarkeit weiter untersucht werden und bei positiven Ergebnissen in die Prioritätenliste mit aufgenommen werden.
5. Die Maßnahme 12.1: Babenhausen Süd – Dürerstraße/Campus (Verlängerung der Linie 3), die zur Entlastung der Linie 4 vom Gutachter vorgeschlagenen wurde, soll in ihrer Umsetzbarkeit weiter untersucht und bei positiven Ergebnissen in die Prioritätenliste mit aufgenommen werden.
6. Zusätzlich zu den Beschlussvorschlägen der Hauptvorlage (3592) beschließt der Stadtentwicklungsausschuss:  
 Die Trassenführung von Babenhausen nach Jöllenbeck ist frei zu halten

- einstimmig beschlossen -

Über den Änderungsantrag der BfB-Fraktion fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

- 1.) Der Streckenabschnitt von Babenhausen Süd nach Jöllenbeck (Maßnahmen 3 und 8) ist nach Maßgabe der bereits für den Streckenabschnitt Babenhausen Süd bis nach Theesen verausgabten Mittel und des bereits abgeschlossenen Planfeststellungsverfahrens für diesen Streckenabschnitt entsprechend in die Prioritätenliste

aufzunehmen.

- 2.) **Das seit 2009 ruhende Planfeststellungsverfahren ist zeitnah abzuschließen, damit für die Weiterführung der Stadtbahn nach Jöllenberg/Theesen die Förderfähigkeit erreicht werden kann. Das Verfahren ist unter Einbeziehung der Gesamtbezirke Theesen und Jöllenberg, einschließlich aller Neubaugebiete, fortzusetzen.**

dafür: 2 Stimmen  
dagegen: 13 Stimmen  
- mit Mehrheit abgelehnt -

Anschließend stellt Herr Fortmeier den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

**Beschluss:**

7. **moBiel wird beauftragt, unter besonderer Berücksichtigung der Gegebenheiten im Außenbezirk Jöllenberg (Pendlerverkehre, flächige Bebauung), eine eigene Berechnung der möglichen erreichbaren Fahrgastzahlen vorzunehmen.**

dafür: 8 Stimmen  
dagegen: 6 Stimmen  
Enthaltungen: 1 Stimme  
- mit Mehrheit beschlossen -

Herr Fortmeier teilt mit, dass über den Antrag des Seniorenrates nicht gesondert abgestimmt werden müsse, weil dieser im Ergänzungsantrag der Ampelkoalition enthalten sei.

---

**Zu Punkt 8 Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 in Richtung Milse-Ost**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 3729/2009-2014

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

---

**Zu Punkt 9 Parkraumbewirtschaftungskonzept Altstadt und erweiterte Innenstadt**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 3812/2009-2014

Herr Thiel teilt mit, dass diese Vorlage auf einem Antrag von Herrn Meichsner, der in der Bezirksvertretung Mitte beschlossen wurde, beruhe. Im Wesentlichen gehe es darum, dass die Bewirtschaftungszeit nach 18.00 Uhr gelockert werde und kostenfreies Parken möglich werde. Er weise darauf hin, dass 75 % der Parkplätze im Straßenraum nachts durch Bewohner und Besucher in der Altstadt ausgelastet seien. Die Bewohner treten durch eine solche Regelung in Konkurrenz zu den Besuchern der Altstadt. Auch ergeben sich durch eine solche Regelung geschätzte Einnahmeverluste in Höhe von mindestens 150.000,-€. Die Verwaltung schlage vor, es bei der heutigen Regelung zu belassen.

Herr Nettelstroth teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Beschluss der Bezirksvertretung Mitte beitreten werde. Er halte die Berechnung der Einnahmeausfälle für fraglich. Man müsse auch berücksichtigen, wie viele Menschen als Besucher in die Stadt kommen und hier Geld ausgeben. Auch von diesen Geldern komme einiges dem „Stadsäckel“ zugute. Er werbe dafür, dem Mehrheitsbeschluss der Bezirksvertretung Mitte zuzustimmen.

Herr Thiel erläutert, dass keine Schilder aufgestellt wurden, die auf das kostenfreie Parken an Sonn- und Feiertagen hinweisen. Im öffentlichen Straßenraum ergeben sich nur die wesentlichen Informationen aus den Schildern. Auf das kostenfreie Parken werde auf den Parkscheinautomaten ganz detailliert hingewiesen.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass man die Parkscheinautomaten im Dunkeln nicht lesen könne, weil diese zum Teil unbeleuchtet seien. Weiter stehen diese häufig so ungünstig, dass das Licht der Straßenlaterne auch nicht hilfreich sei. Die Parkregelungen seien für Normalbürger nicht verständlich. Auf einem Bewohnerparkplatz dürfe man von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr nicht parken, ansonsten bekomme man ein „Knöllchen“. Er habe bereits mehrfach auf die Missstände hingewiesen, bis heute sei jedoch nichts passiert. Es gebe auch Beispiele, wo am Anfang der Straße eine andere Ausschilderung als am Ende der Straße gegeben sei. Für alle Punkte die er hier aufgeführt habe, könne er eine Fotoserie vorlegen. Bei Parkuhren, die man nicht lesen könne, solle wenigstens eine Solarbeleuchtung aufgestellt werden.

Frau Pape bedankt sich bei Herrn Meichsner für seine Mühe. Anhand der Parkregelungen müsse man zu dem Ergebnis kommen, dass Autofahrer in der Innenstadt nicht so sehr willkommen seien. Sie werde den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen.

Herr Grube schlägt vor, dass sich die Arbeitsgruppe Straßenbau der Bezirksvertretung Mitte und die Verwaltung sich die Zeit nehmen und vor Ort den Hinweisen nachgehen. Er schlage also vor, diesen TOP als Arbeitsauftrag an die Bezirksvertretung zurückzuverweisen.

Herr Fortmeier stimmt diesem Vorschlag zu. Er bitte auch, den angesprochenen Einnahmeverlust zusammen mit der Verwaltung noch einmal zu überprüfen, weil es hier gegensätzliche Äußerungen gegeben habe. Er stelle fest, dass Einvernehmen bestehe, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Arbeitskreis Straßenbau der Bezirksvertretung Mitte diese Vorlage überprüfen. Wer aus dem Stadtentwicklungsausschuss

Lust habe, solle dort mitmachen.

- vertagt -

---

## Zu Punkt 10

### **Bahnhof Sennestadt in Bi-Sennestadt** **Städtische Umfeldplanung (Busanbindung, Kreisverkehr,** **Park&Ride, Bike&Ride und Kiss&Ride)**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3957/2009-2014

Herr Thiel teilt mit, dass für diese Maßnahme in 2014 Haushaltsmittel eingestellt werden sollen. Die vorgestellte Planung habe in der Bezirksvertretung Sennestadt große Zustimmung gefunden. Offen sei noch die Standortfrage für den Kiosk, die Anzahl der Wartehäuser, die Frage der Signalgebung an der Krackser Kreuzung, die Frage nach einem öffentlichen WC und ob Taxiplätze, Carsharing usw. eingerichtet werden. Der Beirat für Behindertenfragen habe eine öffentliche Toilettenanlage gefordert und eine dynamische Anzeigetafel für Bus und Bahn. Ob dieses möglich ist, müsse im weiteren Verfahren geklärt werden.

Herr Nolte fragt, ob eine Stellplatzbreite von 2,50 m heute noch zeitgemäß wäre. Weiter fragt er, ob Fahrrad Einzelboxen oder eine Fahrrad einstellanlage für mehrere Räder vorgesehen sei.

Herr Thiel antwortet, dass man sich über die Stellplatzbreite bei der Konkretisierung der Planung Gedanken machen werde. Hinsichtlich der Fahrradboxen könne man flexibel auf Bedarfe reagieren.

Herr Meichsner schlägt vor, den Fahrradabstellplatz einzuzäunen. Er habe im Ausland Systeme gesehen, dass mit den Fahrkarten der Fahrradabstellplatz geöffnet werden könne. Diese seien auch überdacht gewesen und wurden sehr gut angenommen. Weiter bitte er, nicht nur die Breite der Parkplätze zu überprüfen, sondern auch die Tiefe. Man müsse berücksichtigen, dass es zum Teil große Fahrzeuge gebe. Weiter fragt er, was es zusätzlich kostet, wenn ein öffentliches WC eingerichtet werde. Aus der Vorlage ergebe sich, dass die Stadt einen Einplanungsantrag beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) gestellt habe. Er frage, ob beim VVOWL noch zusätzliche Mittel beantragt werden können, um den Eigenanteil der Stadt Bielefeld zu minimieren.

Herr Thiel antwortet, dass die Finanzierung nur über einen Verband möglich wäre. Den Haltepunkt Bi-Senne habe man über den VVOWL finanziert. Beim NWL gebe es eine Förderquote von bis zu 85 %. Ob eine Förderung der öffentlichen Toiletten möglich ist, müsse noch geklärt werden.

Herr Nettelstroth bittet zu klären, ob es tatsächlich in der Kreuzungssituation Krackser Straße an der Schrankenanlage zu Wartezeiten von 6 – 8 Minuten kommt. Wünschenswert sei eine Verkürzung der Schließzeiten.

Herr Ridder-Wilkens schlägt vor, den Beschlussvorschlag des Beirates für Behindertenfragen als Empfehlung mit aufzunehmen.

Herr Fortmeier bittet, zunächst zu prüfen, ob eine öffentlich Toilettenanlage und eine Anzeigetafel für Bus und Bahn zuschussfähig ist und wie es mit den Folgekosten aussehe. In einer der nächsten Sitzungen bitte er hierzu um eine neue Vorlage.

**Beschluss:**

**Der städtischen Umfeldplanung (Anlage 1) und der vorgelegten Finanzierung (Anlage 2) zum Bahnhof Sennestadt wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 11**

**Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2012-2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3958/2009-2014

Herr Meichsner verweist auf die ausführliche Diskussion in der Bezirksvertretung Mitte. Er wisse darauf hin, dass eine Kenntnisnahme der Vorlage nicht bedeute, dass man sie zustimmend zur Kenntnis nehme. Er stelle fest, dass eine Vielzahl von Baumaßnahmen in der Liste nicht enthalten seien, die aber zukünftig erheblich in den Straßenverkehr eingreifen werden.

Herr Moss bestätigt, dass die Diskussion in der Bezirksvertretung Mitte heftig gewesen sei. Den Anwohnern in diesem Stadtbezirk werde im Moment viel zugemutet. Es sei jedoch auch politischer Wille gewesen, dass alle Maßnahmen vor dem Stadtjubiläum zum Abschluss gebracht werden. Er könne in der Öffentlichkeit nur um Verständnis bitten. Im Moment kommen viele Proteste aus dem Quartier Wilhelmstraße. Man könne die nötigen Baumaßnahmen nicht wegdiskutierten. Er appelliere an die Mitglieder, nach draußen um Verständnis zu werben.

**Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die geplanten bzw. in der Ausführung befindlichen Baumaßnahmen für die Jahre 2012 – 2013 zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 12**      **Genehmigung der Arbeitsgruppen/Arbeitskreise von Ausschüssen**  
**hier: Arbeitsgruppe Straßenbeleuchtung des Stadtentwicklungsausschusses**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3996/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:**

**Der Rat genehmigt folgende Arbeitsgruppen der Ausschüsse:**  
**Stadtentwicklungsausschuss**

- **Arbeitsgruppe Straßenbeleuchtung**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 13**      **Gestaltung der Verkehrsbegleitflächen Engersche Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4091/2009-2014

Herr Nettelstroth teilt mit, dass er es problematisch finde, heute über diese Vorlage abzustimmen, weil das Sponsoring noch nicht geklärt sei. Er schätze, dass eine solche Bepflanzung sehr aufwendig zu unterhalten sei. Er halte es für hilfreich, wenn zu dem höheren Pflegeaufwand eine Aussage von Experten eingeholt werde.

Herr Julkowski-Keppler fragt, ob es zulässig ist, dass der Gehweg im Bereich des Friedhofs schmaler als 3 Gehwegplatten sei.

Herr Thiel antwortet, dass hier keine andere Möglichkeit bestanden habe. Auf der Friedhofsseite hätte man den Zaun auf den Friedhof versetzen müssen.

Herr Moss weist darauf hin, dass sich viele andere Städte über ihre Kreisverkehrsplätze definieren und richtig viel Geld dafür ausgeben. Sponsoring heiße, dass der Sponsor für die Gestaltung aufkommen müsse und Regelungen für die Folgekosten gefunden werden. Für den Kreisverkehr vor dem Media-Markt hätte man sich eine Initiative des Lenkwerks (z.B. ein stilisiertes Fahrzeug darzustellen) vorstellen können. habe Dessen Vorstellungen seien jedoch von der Bezirksvertretung Schildesche kritisch gesehen worden.

Herr Thiel stellt eine Bilderserie vor, wie man sich die gärtnerische Gestaltung vorstellen könne.

Herr Nettelstroth bittet, die Sponsoringüberlegungen im Ausschuss vorzustellen. Man müsse den Anspruch formulieren, um Sponsoring zu ermöglichen.

Herr Röwekamp weist darauf hin, dass die Folgekosten in Höhe von 1.500,---€ für die Pflege und Unterhaltung woanders eingespart werden müssen. Dieses bedeute, dass die gleiche Anzahl von Gärtnern mehr Arbeit schaffen müssen.

Herr Lufen schlägt vor, die Vorlage heute zu beschließen, damit die Pflanzintervalle eingehalten werden können. Zum Sponsoringkonzept könne man heute nicht angemessen reagieren, die Sache müsste aber heute auf den Weg gebracht werden.

Herr Nettelstroth hätte gerne die Diskussion über Sponsoring weiter geführt. Er habe die Bitte, im Vorfeld Kriterien für Sponsoring zu definieren. Er könne sich vorstellen, dass es viele Firmen gebe, die sich über einen Kreisverkehr gerne präsentieren.

Herr Moss weist darauf hin, dass die Werbemaßnahmen gerne zu groß werden. Eine solche Werbemöglichkeit sei aber Voraussetzung für Sponsoring.

Herr Nettelstroth **beantragt**, heute nicht über die Beschlussvorlage abzustimmen und zunächst ein mögliches Sponsoring zu klären.

### **Beschluss:**

**Über die Beschlussvorlage soll heute nicht abgestimmt werden, weil zunächst ein mögliches Sponsoring zu klären ist.**

dafür: 6 Stimmen  
 dagegen: 9 Stimmen  
 - mit Mehrheit abgelehnt -

Über den Beschlussvorschlag der Vorlage fasst der Ausschuss folgenden

### **Beschluss:**

- a) **Der Gestaltung der Innenfläche und der äußeren Beete des Kreisverkehrs Engersche Straße/Am Pfarracker/Sieboldstraße gemäß dem beigefügten Pflanzkonzept (Anlage 1) wird zugestimmt.**
- b) **Der Gestaltung der Mittelinseln im Zuge der Engerschen Straße zwischen Westerfeldstraße und Johannisbach wird zugestimmt.**



dafür: 9 Stimmen  
 dagegen: 6 Stimmen  
 - mit Mehrheit beschlossen -

---

Zu Punkt

**Bauamt**

Zu Punkt 14

**Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Stadtumbau Sennestadt (INSEK Stadtumbau Sennestadt)**  
**- Beschluss über die Richtlinie der Stadt Bielefeld über die Gewährung von Zuwendungen im Stadtumbaugebiet Sennestadt - Profilierung und Standortaufwertung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3901/2009-2014

Herr Meichsner weist darauf hin, dass auf Seite 3 der Vorlage ganz oben geschrieben stehe, dass zuschussfähig auch gestaltete Außenanlagen seien. Hierzu habe er in den Richtlinien nichts gefunden. Weiter frage er, ob Mieter auch Zuwendungsempfänger sein können.

Herr Fortmeier teilt mit, dass auf Seite 4 der Richtlinie der Stadt Bielefeld über die Gewährung von Zuwendungen im Stadtumbaugebiet Sennestadt unter Nr. 6 auch die gestalteten Außenanlagen aufgeführt sind.

Herr Moss antwortet, dass antragsberechtigt nur Eigentümer und Erbbauberechtigte sind. Die Zuwendungen dürfen jedoch an die Mieter weitergegeben werden.

**Beschluss:**

**Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Richtlinie der Stadt Bielefeld über die Gewährung von Zuwendungen im Stadtumbaugebiet Sennestadt**

**- Profilierung und Standortaufwertung zu beschließen.**

- einstimmig beschlossen -

---

Zu Punkt 14.1

**Änderung des Mitbenutzungsvertrages zwischen der Stadt Bielefeld und der Flughafen Bielefeld GmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4065/2009-2014

- abgesetzt -

-.--

Zu Punkt **Bauamt/Bauleitpläne**

Zu Punkt 15 **Bauleitpläne Brackwede**

- keine -

-.--

Zu Punkt 16 **Bauleitpläne Dornberg**

- keine -

-.--

Zu Punkt 17 **Bauleitpläne Gadderbaum**

- keine -

-.--

Zu Punkt 18 **Bauleitpläne Heepen**

Zu Punkt 18.1 **4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ O12 "Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2" für das Gebiet nordwestlich der Straße Zu den Teichen, östlich des Ostrings und westlich der Ludwig-Erhard-Allee gemäß § 13a BauGB - Stadtbezirk Heepen - Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3895/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

1. Den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der frühzeitigen Behördenbeteiligung wird gemäß der Darstellung der Anlage A gefolgt bzw. nicht gefolgt.
2. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, zur Begründung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III / O 12 „Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2“ werden beschlossen.

3. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III / O 12 „Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2“ wird gemäß § 10 (1) BauGB für das Gebiet nordwestlich der Straße Zu den Teichen, östlich des Ostrings und westlich der Ludwig-Erhard-Allee mit dem Text und der Begründung als Satzung beschlossen.
4. Die Information der Verwaltung zu Anpassung des Flächennutzungsplanes auf dem Wege der Berichtigung gemäß § 13a BauGB (Berichtigung Nr. 8/2011 „gewerblichen Bauflächen westlich der Ludwig-Erhard-Allee“) wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Beschluss der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III / O 12 „Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2“ als Satzung gemäß § 10 (3) BauGB ist öffentlich bekannt zu machen. Die Bebauungsplanänderung ist mit der nach § 10 (4) BauGB zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.

einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 19 Bauleitpläne Jöllenbeck**

**Zu Punkt 19.1 Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/J 35 "Solarpark Deponie Nunnensiek" für das Gebiet westlich der Westerengerstraße, südlich der Gemeindegrenze zu Enger sowie 225. Änderung des Flächennutzungsplanes "Fläche für Versorgungseinrichtung - Photovoltaik Deponie Nunnensiek" im Parallelverfahren - Stadtbezirk Jöllenbeck - Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Änderungsbeschluss Flächennutzungsplan (225. Änderung)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4023/2009-2014

Herr Fortmeier teilt mit, dass die Bezirksvertretung Jöllenbeck mit 2 Ergänzungen einstimmig über den Beschlussvorschlag abgestimmt habe. Die Ergänzungen bezogen sich auf die Planungskosten und das Betriebsgebäude.

Herr Meichsner stellt fest, dass die Planungen nicht kostenlos sind, weil eine Umweltprüfung durchgeführt werden muss und ein Umweltbericht zu erstellen ist.

Herr Moss teilt mit, dass im Umweltbericht festgestellt werden müsse, welche Wertigkeit diese Flächen im naturräumlichen Bereich haben. Danach müsse ermittelt werden, welche Einwirkung das Aufstellen von Solarkollektoren auf Deponien habe.

Herr Schmelz fragt, wie die Vergabe einer solchen Deponiefläche für

Solaranlagen durchgeführt werden soll. Wird es eine öffentliche Ausschreibung geben?

Herr Nettelstroth teilt mit, dass man der Vorlage zustimmen könne. Er weise darauf hin, dass mittlerweile nur noch 8 % der Module in Deutschland hergestellt werden. Viele sagen, dass hier der Trend verschlafen wurde.

Herr Diembeck fragt, ob nach dem Beschluss vom 08.03.2012 zur Kürzung der Solarförderung, die Anlagen noch wirtschaftlich betrieben können.

Herr Moss antwortet, dass man mit möglichen Betreibern gesprochen habe. Diese wollen es noch machen, wenn über bestimmte Parameter gesprochen werde. So fallen die rund 15.000,--Euro für den Umweltbericht zu lasten der Stadt Bielefeld. Die Kosten des Verfahrens würde man den Nutznießern auferlegen. Bei der Deponie Belzen habe es Verwerfungen im Boden gegeben, teilweise sei der Boden um 4 m gesunken. Dort können nur Photovoltaikanlagen aufgestellt werden, wenn der Boden nachverdichtet werde. Hier würden auch Kosten entstehen, die von der Stadt getragen werden.

Herr Julkowski-Keppler verweist darauf, dass es jetzt 3 Deponieflächen für Photovoltaikanlagen gebe, aber auch noch viele Fragen offen sind. In 2011 sei bereits der politische Wille für solche Anlagen geäußert worden. Es hat lange gedauert, bis das Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan eingeleitet wurde und jetzt sei um ein paar Tage die Frist für eine höhere Förderung versäumt worden. Er frage, woran es gelegen habe.

Herr Moss antwortet, dass man völlig im Unklaren gewesen sei, wie planungsrechtlich mit solchen Projekten umzugehen sei. Man habe sich dann für ein Deckblattplanverfahren entschieden. Dieses habe die Bezirksregierung in Detmold nicht anerkannt. Dieses haben sie aber auch erst im Januar 2012 schriftlich mitgeteilt. Die Regierungsbezirke Köln, Münster und Arnsberg erkennen dieses Verfahren an. Nur Detmold und Düsseldorf bestehen auf einem Bebauungsplanverfahren. Nachdem das Bebauungsplanverfahren angefangen ist, wurden die Spielregeln hinsichtlich der Förderung geändert. Hier handele es sich um eine Verquickung unglücklicher Umstände. Für die Deponie Nunnensiek trete als Investor eine Firma Stevens aus Gütersloh auf. Diese sei sich mit dem Eigentümer der Fläche Nunnensiek handelseinig geworden. Der Investor Stevens sei bereit, die Verfahrenskosten zu tragen.

Herr Lufen stellt fest, dass bei solchen Projekten nicht nur renditeorientiert gedacht werden dürfe. Er hoffe, dass die Investoren die Anlagen bauen.

Herr Meichsner hofft, dass die Ausgaben mit dem Haushaltssicherungskonzept vertretbar sind.

Herr Moss bestätigt, dass solche Projekte sehr kritisch diskutiert werden können. Solche Projekte haben jedoch eine große Bürgerakzeptanz, die nicht zu vergleichen ist mit Windradaufstellungen gegen die die Bürger

sich wehren.

Herr Fortmeier stellt den um die Beschlüsse der Bezirksvertretung Jöllenbeck (Nr. 5 und 6) erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. **Der Bebauungsplan Nr. II/ J 35 "Solarpark Deponie Nunnensiek" für das Gebiet westlich der Westerengerstraße, südlich der Gemeindegrenze zu Enger ist gemäß § 2 (1) BauGB neu aufzustellen.  
Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Übersichtsplan M. 1: 1000 (im Original) mit blauer Farbe eingetragene Abgrenzung verbindlich.**
2. **Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB zu ändern (225. Änderung „Fläche für Versorgungseinrichtung – Photovoltaik Deponie Nunnensiek“). Der räumliche Geltungsbereich der Änderung entspricht dem Plangebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes.**
3. **Der Aufstellungsbeschluss sowie der Änderungsbeschluss sind gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen.**
4. **Auf Grundlage dieser Vorlage sind die frühzeitigen Beteiligungen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB durchzuführen.**
5. **Der Satz „Gegebenenfalls kann auch ein Betriebsgebäude erforderlich werden.“ Ist aus der Begründung zu streichen.**
6. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungskosten für die Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/J 35 „Solarpark Deponie Nunnensiek“ von den Investoren der Solaranlage einzufordern.**

- einstimmig beschlossen -

...-

**Zu Punkt 20      Bauleitpläne Mitte**

**Zu Punkt 20.1    Sanierungsgebiet "Bahnhofstraße"**

**hier: Teilaufhebung der Satzung für die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Bahnhofstraße"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3985/2009-2014

Herr Fortmeier teilt mit, dass die Bezirksvertretung Mitte den Beschluss um die Maßgabe ergänzt habe, für die Bereiche zwischen Feilenstraße und Zimmerstraße und westlich der Bahnhofstraße bis zur Bahnlinie eine Bauleitplanung aufzustellen. Er stellt diesen erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Teilaufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Bahnhofstraße“ mit der Maßgabe zu beschließen, für die Bereiche zwischen Feilenstraße und Zimmerstraße und westlich der Bahnhofstraße bis zur Bahnlinie eine Bauleitplanung aufzustellen.

- einstimmig beschlossen -

--:--

**Zu Punkt 21 Bauleitpläne Schildesche**

- keine -

--:--

**Zu Punkt 22 Bauleitpläne Senne**

- keine -

--:--

**Zu Punkt 23 Bauleitpläne Sennestadt**

**Zu Punkt 23.1 Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/ St. 46 "Am Buschhof" für Teilflächen des Gebietes südlich der Straße Am Buschhof/ westlich der Paderborner Straße (L 756)  
- Stadtbezirk Sennestadt -  
Entwurfsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3993/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

1. **Die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I / St 46 "Am Buschhof" für Teilflächen des Gebietes südlich der Straße Am Buschhof / westlich der Paderborner Straße (L 756) wird mit Text und Begründung als Entwurf beschlossen.**
2. **Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. I / St 46 "Am Buschhof" ist mit Text und Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 24 Bauleitpläne Stieghorst**

- keine -

---